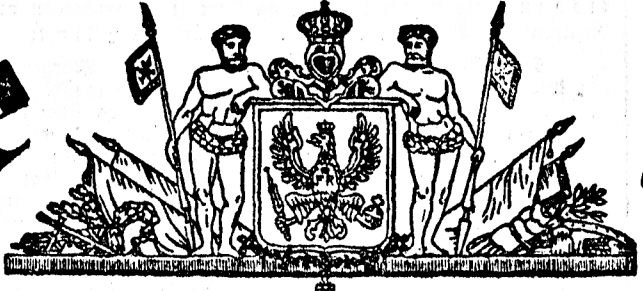


# Woffische



# Zeitung

Begründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Woffische Zeitung erscheint zweimal täglich (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr. Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabellen.

Bezug: In Groß-Berlin monatlich 8 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 2.80 M. oder viertelj. 8.40 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: Zeile 80 Pf. u. 40% Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelstells): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

## Die Regierung für Vermögensabgaben.

### Umfassende Steuerpläne.

Meldung des Woffischen Telegraphen-Büros.

Der Weltkrieg hat dem deutschen Volke ungeheure Kosten auferlegt. Sie können nur getragen werden, wenn sie gerecht verteilt werden. Deshalb sind Vermögen und Einkommen in jeder Form erheblich stärker als bisher heranzuziehen. Ein durchgreifender Ausbau der direkten Steuern muß die Grundlage des neuen Steuerwesens bilden und ungekürzt in Angriff genommen werden.

In diesem Zweck hat der Rat der Volksbeauftragten im Einvernehmen mit dem Staatssekretär des Reichsschatzamtes folgendes beschlossen:

Zunächst sollen die Kriegsgewinne eingezogen werden, und zwar in der Form

1. einer außerordentlichen Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919, wodurch die durch Gesetz vom 28. Juli 1918 eingeführte Abgabe vom Mehreinkommen und vom Vermögen bei Einzelpersonen auf ein weiteres Jahr erstreckt, und die Erhebung der Abgabe vom Mehrgewinn der Gesellschaften für das 5. Kriegsgeschäftsjahr fortgesetzt wird, nachdem durch Verordnung vom 15. November 1918 bereits die Bildung einer Kriegsteuerzulage in Höhe von 80 v. H. des Mehrgewinnes — gegenüber bisher 60 v. H. — vorgeschrieben worden ist;
2. einer außerordentlichen Abgabe vom Vermögenszuwachs, wodurch die während der gesamten Dauer des Krieges entstandene Vermögensvermehrung dergestalt erfasst werden soll, daß sie unter Schonung kleiner Beträge in vollem Umfang wieder der Allgemeinheit zugeführt wird. Die bereits auf Grund des Kriegsteuergesetzes vom 21. Juni 1916 gezahlte Steuer wird angerechnet.

#### II.

Von dem nach Einziehung der Kriegsgewinne verbliebenen Vermögen soll eine große allgemeine Vermögensabgabe erhoben werden, die in starker Progression ansteigen, jedoch die Grenzen der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nicht überschreiten, Familienstand, Alter und Erwerbsfähigkeit des Steuerpflichtigen berücksichtigen und zum mindesten in der Art ihrer Erhebung den verschiedenen Gattungen der Vermögensanlage Rechnung tragen wird. Die Veranlagung muß auf einen bestimmten Geschäftsjahr abgestellt werden; um jedoch die hiermit verbundenen unvermeidlichen Unzulänglichkeiten auszugleichen, insbesondere auch das sich noch nachträglich bildende neue Vermögen in entsprechender Weise zu belasten, soll im Anschluß an die Vermögensabgabe ein Ausbau der Verpfändsteuer erfolgen.

#### III.

Die hohen Einkommen sollen stärker belastet werden, indem eine Reichs-Einkommensteuer mit weiter geführter Progression mindestens für diese Einkommensteuersätze eingeführt wird.

#### IV.

Die einzelnen Einkommensquellen sollen in erweitertem Umfang der Besteuerung erschlossen und dem Reiche zugänglich gemacht werden. Eine Kapitalertragssteuer soll die Erträge des Kapitals (Zinsen, Dividenden, Hypothekenzinsen usw.), eine Betriebsertragssteuer, die einen gewissen Mindestbeitrag übersteigenden Gewinne geschäftlicher Unternehmungen erfassen.

#### V.

Die Erbschaftsteuer soll unter Weiterführung der Progression stark erhöht werden. Sie soll auf Einkommen und Etagen ausgedehnt werden. Für die Höhe des Abgabefalles soll nicht nur der Betrag der Erbschaft, sondern auch die Vermögenslage des Erben berücksichtigt werden.

#### VI.

Eine besondere Abgabenordnung soll dafür sorgen, daß die zu erlassenden Gesetze auch wirksam, gleichmäßig und gerecht ausgeführt werden. Die Veranlagung soll überall in die Hände finanziell besonders vorgebildeter Personen gelegt werden. Soweit nicht schon die neu zu beschaffende Steuerverwaltung zu einer wahrheitsgemäßen Einschätzung führt, soll sie durch staatliche Zwangsmittel unbedingt gesichert werden.

Die Entwürfe zu I (Einziehung der Kriegsgewinne) sind bereits fertiggestellt; ihre Veröffentlichung ist angeordnet. Auch die übrigen Maßnahmen sind in Angriff genommen und sollen so schnell wie möglich zum Abschluß gebracht werden.

Die Reichsregierung:

Ebert. Scheidemann.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamtes:

Schiffer.

### Das Schreckensregiment in Posen.

Drahtmeldung der Woffischen Zeitung.

\* Breslau, 30. Dezember.

Ein Augenzeuge, der mit dem letzten Zuge gestern abend aus Posen geflüchtet ist, berichtet über die Vorgänge in Posen nach folgende Einzelheiten: Die Zeitungen erscheinen mit Ausnahme der „Posener Neuesten Nachrichten“ nicht mehr. Auch dieses Blatt steht unter polnischer Kontrolle. Der Redakteur des „Posener Tagblattes“, Gängel, ist verhaftet worden; auch der Präsident der Anstaltungscommission, Gans, und der Direktor des größten Posener Gasthofbetriebes, des Hotels zur Stadt Rom, sind verhaftet worden; Lehrer angehalten, weil vom Dach des Hotels mit Maschinengewehren geschossen worden sein soll.

Es finden dauernd Hausdurchsuchungen statt, auch des Nachts, und die Leute werden einfach aus den Betten geholt. Solche Hausdurchsuchungen fanden vor allem in den Bankinstituten statt, wo Bücher, Wertgegenstände und dergleichen einfach geraubt wurden. Einem Kaufmann, bei dem eine solche Hausdurchsuchung nach Waffen stattfand, wurde ein kostbarer Pelzmantel gestohlen. Als der Besitzer sich bei dem von den Polen besetzten Polizeipräsidenten beschwerte, langweilte die Patrouille seine Angaben und er wurde wegen Verleumdung auf dem Waisenplatz standrechtlich erschossen. Alle 10 Minuten etwa dringen neue Patrouillen in die Wohnungen der Deutschen ein und durchwühlen alles nach Waffen. Sie entfernen alle spitzen Gegenstände, sogar Brieföffner, Stabeln usw.

Viele Forderungen sind vom Lande in die Stadt gezogen und geben sich hier als Patrouillen aus. Sie nehmen nicht nur die Waffen fort, sondern entziehen den Bewohnern ihre Portemonnaies, Sparkassenbücher usw. In verschiedenen Häusern wurden Deutsche erschossen, weil behauptet wurde, daß aus den Fenstern geschossen worden sei. Infolgedessen müssen die Fenster geschlossen bleiben. Die Soldaten, welche Patrouillendienste verrichten, gehören meist der Jugendmehr an und sind mit Gewehren und Handgranaten bewaffnet. Wenn ihre Aufforderungen, die in polnischer Sprache an die Straßepassanten gerichtet werden, nicht verstanden werden, so helfen sie mit den Gewehrkolben nach.

Die Offiziere in den Kasernen, die sich zur Wehr setzten, wurden standrechtlich erschossen. Die Polen haben über alle als Polenfeinde verdächtigen Personen deutscher und auch polnischer Nationalität, Industrielle und Geschäftsleute, eine schwarze Liste aufgestellt. In den letzten Tagen vor Ausbruch der Unruhen sind aus Schlesiens bereits gut bewaffnete polnische Elemente, die von den kommenden Vorgängen unterrichtet wurden, nach Posen abgegangen.

Schneidemühl, 30. Dezember.

Die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte in Breschen, Miłosław und Schroda haben den Anschluß an das Königreich Polen offiziell vollzogen.

Ueber die Vorgänge in Stadt und Provinz Posen fehlen, wie uns mitgeteilt wird, seit gestern mittag nunmehr auch im Ministertium des Innern in Berlin jegliche Nachrichten. Der preussische Minister Ernst Weill seit zwei Tagen in Posen. Auch mit ihm ist seit dieser Stunde keine Verbindung mehr möglich gewesen. Man erwartet den Minister heute früh wieder in Berlin.

### Allgemeine Mobilmachung in Polen?

Meldung der Telegraphen-Union.

Bern, 30. Dezember.

Wie die „Morning Post“ aus Bern berichtet, soll die polnische Regierung in Warschau die Generalmobilisierung für ganz Polen angeordnet haben.

### Bolschewismus oder Frieden.

Die Gegenwart Kade's zeigt, daß die Begründung der kommunistischen Partei, die geschehen erfolgt ist, nicht eine Angelegenheit der inneren deutschen Politik ist, sondern ein internationales Ereignis darstellt. Wir müssen uns von dem Gedanken freimachen, die Bolschewisten für gefährliche, aber unklare Schwärmer zu halten. Die Leute in Moskau treiben Politik ganz großen Stiles, selbsttätige Machtpolitik, die ihre Mittel und Ziele aufs genaueste den wirklichen Verhältnissen anpaßt. Die Errichtung der kommunistischen Partei stellt einen wohlüberlegten und bedeutenden Schachzug dar in dem großen Kampf zwischen Washington und Moskau. Kade hat offen ausgesprochen, daß die Diktatoren Rußlands die Hoffnung haben, aus Deutschland neue Kräfte für ihren Krieg gegen die Entente zu rekrutieren. Sie haben zwar in der letzten Zeit wiederholt Friedensangebote nach Washington und London gerichtet, aber sie rechnen selbst nicht darauf, daß die Entente ihre Gewalt Herrschaft über Rußland anerkennt werde. Und da sie entschlossen sind, diese Gewalt Herrschaft, die sie durch Massenerschießungen, durch Entleerungen und die rücksichtslose Anwendung der Hungerterror gegen jede Auslieferung von innen gesichert haben, unter allen Umständen aufrechtzuerhalten, so suchen sie um jeden Preis zu verhindern, daß Deutschland zum inneren und damit zum äußeren Frieden gelangt, weil damit ihre Entleerung vollendet wird.

Es kann gar nicht deutlich genug ausgesprochen werden und sollte täglich aufs neue jedem einzelnen Volksgenossen klar gemacht werden, daß es sich bei dem Vorgehen der Bolschewisten und ihrer deutschen Spielart, der kommunistischen Partei, ganz und gar nicht um innere Fragen handelt. Die Sozialisierung und der Kampf gegen die Nationalversammlung sind ihnen nur Mittel zu dem Zweck, Deutschland in die Bundesgenossenschaft und damit unter die Vormachtigkeit der Moskauer Regierung zu zwingen. In der Gewöhnung an Gewalttätigkeiten, Unordnung, wilde Streiks, in der Vernichtung wirtschaftlicher Werte, in dem ganzen Wahnsinn, der zum Bürgerkrieg treibt, liegt Methode, messerscharfe, eiskalte Methode. Das Pathos, mit dem die Organe der Kommunisten über die Blutopfer der Regierung klagen, und die Art, wie sie Trauerfeiern zu neuen Feiern gestalten, sind geschickt auf das deutsche Gemüt berechnet. Es mag auch sein, daß ein Mann wie Liebknecht das Blutvergießen verabscheut. Aber er ist in dem Augenblick einflusslos, wo sich sein Idealismus mit dem Machtwillen der russischen Machthaber kreuzt. Das trat bereits in der geistigen Stadtmittagsstimmung hervor, wo er mit seiner Auffassung über die Frage der Nationalversammlung gegenüber der noch radikalere Tonart in der Minderheit blieb. Für Moskau bedeutet Berlin nichts als einen Vorposten im Krieg mit der Entente. Gerat Berlin unter die Herrschaft der Kommunisten — und Moskau wird alles tun, um dieses Ziel zu erreichen —, so ist der Friede, den das deutsche Volk erhofft, zerrissen. Das bedeutet den Einmarsch der Entente, den Trost und Kade vor allem aus strategischen Gründen wünschen, weil sie hoffen, dadurch den Angriff der Entente auf ihr Machtzentrum zu verzögern und eine neue „Atempause“ zu gewinnen.

Daß dabei unsagbares Elend über Deutschland läme, rührt diese Leute keinen Augenblick. Für sie sind Länder und Völker Rohstoff. Sie spielen in der Art eines Lamerlan mit dem Schicksal von Generationen. Ihnen ist nicht Rußland heilig und noch weniger das Weinen deutscher Mütter. Sie kennen nur ihr Machtprinzip, das sie, wie alle Gewaltmenschen, ideologisch verkleiden, und sie betrachten die ganze Erde als ihr Betätigungsfeld. Sie haben früher schon ausgesprochen, daß sie sogar damit rechnen, aus Rußland verdrängt zu werden. Und auch für diesen Fall scheint es ihnen nützlich, ein neues Betätigungsfeld für alle Eventualitäten vorzubereiten. Deshalb gibt es für sie nur eine Parole: Deutschland, ihre Ausfallsporte gegen Westen, das Tor für ihre Propaganda im übrigen Europa, darf unter keinen Umständen zum Frieden gelangen, weil damit die Absperrung Moskaus auch für ihre Methoden undurchdringlich würde.

Die Begründung der kommunistischen Partei ist für das deutsche Volk ein Alarmzeichen, das zu überhören, den Untergang bedeuten würde. Man sage nicht, der gesunde Sinn der großen Massen biete Gewähr dafür, daß die russischen



Methoden bei uns nicht durchbringen. Wenn es nur darauf ankommt, was die Mehrheit des deutschen Volkes will, so könnte man der Moskauer Pläne lachen. Aber auf die Volksmeinung kommt es den Bolschewisten in keiner Weise an. Sie haben im eigenen Lande die Massen zu willenloser Ergebung gezwungen, und sogar den Widerstand der Sozialdemokraten durch Kerkerhaft und blutigen Terror allmählich mürbe gemacht. Sie rechnen darauf, daß ihre deutschen Vertreter dasselbe Rezept mit demselben Erfolge wiederholen werden. Maschinengewehre und Handgranaten sollen den Mehrheitswillen erschrecken. Das ist die Sachlage, die das Auftreten Rabets mit Tageshelle beleuchtet. Die Gefahr scheint nicht mehr heimlich auf den Hintertreppen, sie tritt dem deutschen Volke in ihrer ganzen Größe offen entgegen. Das geht, wie weit die russische Propaganda bereits ist, und was sie ungestraft wagen zu können glaubt.

Bolschewismus oder Frieden: das ist jetzt die Schicksalsfrage. Der Bolschewismus bedeutet neuen Krieg mit der Entente, unermessliche Leiden, gänzlichen Rohstoffmangel und beispiellose Hungersnot. Ein großer Teil der Einschränkungen und Schwierigkeiten, die von der Entente dem deutschen Verkehr jetzt bereit werden, sind Vorbeugungsmaßnahmen gegen den russischen Bolschewismus. Die Vorfriedensverhandlungen wären ohne Zweifel schon eingeleitet, die Blockade gemildert, der Verkehr mit dem besetzten Gebiet erleichtert, wenn unsere Regierung der Entente die Gewähr bieten könnte, daß sie die Ordnung und Sicherheit in Deutschland aufrechtzuerhalten vermag.

Es gibt nur einen Weg der Rettung: die Schaffung einer ausreichenden militärischen Macht, die dafür bürgt, daß das deutsche Volk nicht wider seinen Willen erneut in den Krieg hineingezogen wird. Es wünscht dem russischen Nachbar alles Gute und würde sich freuen, wenn dort die Verhältnisse bald zur Klärung gelangten, aber es wehrt sich mit der Kraft der Verzweiflung gegen den Versuch, die Reste seiner Kraft und seiner Habe im Dienst der augenblicklichen russischen Minderheitsregierung zu opfern. Wir wollen Brot und Frieden. Deshalb alle Macht gegen den Bolschewismus, der von außen und innen an Deutschlands Vernichtung arbeitet! J. E.

## Cecil über die Aufgaben des Völkerbundes.

Wahrscheinlich der „Vossischen Zeitung“.

aus Rotterdam, 30. Dezember.

Lord Robert Cecil, der auf der Friedenskonferenz die Völkerbündnisfrage zu behandeln haben wird, sagt im „Observer“ über seine Auffassung u. a.: „Die Schwierigkeit, ein anderes Mittel für den Austrag von Streitigkeiten der Völker als den Krieg zu finden, besteht in der Frage der Einführung einer Strafe, die wirklich geeignet ist, für die Vorschriften des Bundes Gehorsam zu erzwingen. Es ist jedoch ein Irrtum, die Verhütung von Kriegen als die einzige Aufgabe des Völkerbundes zu betrachten. Die Hauptaufgabe bleibt die Anerkennung der Tatsache, daß es wirklich gemeinsame Menschheitsinteressen gibt. Jedermann, der den Versuch unternimmt, die Bedingungen des Friedensabkommens aufzustellen, wird immer wieder auf Fragen stoßen, die nur durch Zusammenarbeit gelöst werden könnten. Die schwierigste Frage aber von allen ist die Frage der Abrüstung, die nur dann zu lösen ist, wenn alle Nationen in der Ueberzeugung zusammenarbeiten, daß die Interessen der Menschheit größer sind als die Interessen der einzelnen Nation. Wenn die Nationen dazu gebracht werden können, ihren überhebenden Individualismus aufzugeben, und wenn dadurch das internationale Zusammenarbeiten zu einer wirklichen Macht wird, dann besteht die Hoffnung, daß sich eine Garantie gegen Kriege finden läßt, und daß die internationalen Streitigkeiten beseitigt oder doch unschädlich gemacht werden.“

## „Erelei.“

Das neue Lustspiel von Carl Kötter.

In harter Zeit läßt sich das Publikum manchmal gerne daran erinnern, daß die Verzweiflung eine milde Schwester hat: die Verlegenheit, aus deren Händen geschickte Theaterschaffsteller manche Wabe empfangen, daß es eine Welt gibt, in der man sich nicht entleert, sondern entlobt, wenn man den nächsten Weg zum Glück verfehlt hat, und in der man nicht vom Schicksal überrollt wird, sondern das Schicksal mit Geduld und Behagen von weitem kommen sieht. In diese altbekannte Theaterwelt versetzt uns Carl Kötter mit seiner neuen Komödie „Erelei“, die gestern in „Theater in der Königgräzer Straße“ mit gutem Erfolge gegeben wurde. Es handelt sich in diesem etwas verstaubten Lustspiel um einen halb leichtfertigen, halb gutmütigen Erben, der nicht zu sterben braucht, weil seine wohlhabenden Verwandten nicht zu erben brauchen, der die vor zwanzig Jahren verlassene Geliebte noch immer schön wie einen „Augustabend am Wannsee“ findet und seine namensgehörige Tochter, die er nie vorher gesehen, mit überaus schlagfertiger Vaterforge ans Herz drückt. Kötter hat diese Handlung offenbar nicht sehr ernst genommen und mutet wohl auch seinem Publikum nicht zu, es zu tun.

Für gefühlvolle Familienkreise älteren Schlages, denen er mitunter bedenklich nahe kommt, hat er weder den langen Atem, noch den Bräutigam der Ueberzeugung, er verweilt nicht bei diesen Haltestellen, sondern zeigt uns lieber allerhand lustige Bilder, die auf dem Wege zwischen den entscheidenden Szenen auftauchen. An solchen Zwischenfällen, an manchem treffenden Scherz und an einigen wirksamen Figuren mit stark betonten komischen Merkmalen erweist man, namentlich im ersten und dritten Akte — die Familienkreise des zweiten sind schwächer geraten — den Verfasser der „Hilf Frankfurt“, der in schweren Tagen seinen Humor nicht verloren hat. Gestungen sind zumal zwei etwas häßlicher umrissene Lustspielgestalten. — Vertreter eines österrösischen Kavalieregeschlechts: der junge, der sich mit allem Witz der Wassertheit in die Vorstellung hineinsteckt, daß seine Sippe zu degeneriert ist, um ein Anrecht auf Fortpflanzung zu haben, und dazu der Papa, der in seinem Benehmen sein geschicktes wie ein „Kunzle“, ein „Wahlgeld“ daran findet, sich dünner zu stellen als er ist. Die Träger der Rollen: Ernst Pröbke, der die lässig-müden Bewegungen und den auf den Lippen erlösenden Ton der Wiener Bebelwelt als junger Baron recht ergötzlich spielt, und Julius Brandt, der mit großer Feinheit aus derselben Familienmanier die kluge Verachtung hervorleuchten ließ, hatten denn

## Die Unabhängigen als Mittelpartei.

Die bisherigen unabhängigen Volksbeauftragten Haase, Dittmann und Barth veröffentlichen in der „Freiheit“ eine Erklärung, die unsere Darstellung über ihr Ausschreiten aus der Regierung vollkommen bestätigt. Die Erklärung lautet:

Die „Freiheit“ verleiht in ihrer heutigen Morgenausgabe den Leitartikeln mit der Ueberschrift „Die Hinaustragung der Unabhängigen“. Diese Charakterisierung des Rücktritts der Unabhängigen ist völlig unzutreffend und widerspricht den Tatsachen. Die Unabhängigen sind von keiner Seite hinausgedrängt worden. Es trat vielmehr im Zentralrat deutlich die Absicht hervor, sie im Kabinett zur Mitarbeit festzuhalten. Sie haben jedoch aus eigener Initiative das Kabinett verlassen, als ihre Ueberzeugungstreue und ihr Pflichtgefühl gegenüber dem revolutionären Proletariat diesen Schritt erforderte. Ihr Entschluß reifte in ihnen bereits vor dem Rücktritt, als es immer deutlicher wurde, daß die Mehrheitssozialisten die alte militärische Gewalt festhielten, um sich selbst auf sie zu stützen, und er wurde befestigt, als der Zentralrat die Mehrheitssozialisten im Kabinett bedachte, trotz dem ihr Anteil an den Mutigen Vorgängen festgesetzt worden war.

Wesentlich ist an dieser Erklärung nur, daß die Unabhängigen freiwillig und trotz aller Einigungsbestrebungen des Zentralrats aus dem Kabinett geschieden sind. Es zeigt sich auch immer mehr, daß sie sich nur ungerne zu diesem Schritt entschlossen haben. Ohne auch von uns im gestrigen Morgenblatt erwähnte Rechtfertigung der Unabhängigen besagt, daß ihnen kurz vor ihrem Austritt die selbständige Uebernahme der Regierung angeboten worden sei, und daß sie dies abgelehnt hätten, weil in der kontroversierenden Adressenliste, dem Zentralrat, keine Unabhängigen seien. Bedenklich haben die Unabhängigen sich auf dem Höhepunkt nicht an der Wahl des Zentralrats beteiligt, sonst würden sie die ihnen goldigendsten Anträge von Mandatanten erhalten haben. Diese Voraussetzung hat ihnen jetzt offensichtlich fehlte. Die „Freiheit“ scheidet im Leitartikel von gestern abend:

Die Abstimmungspolitik, zu der sich unsere Fraktion auf dem Rückzug verhalten ließ, stellt sich immer mehr als ein schwerer politischer Fehler heraus. Für uns unterliegt es keinem Zweifel, daß die Gefahren, die der Austritt unserer Freunde für die sozialistische Sache bedeutet, hätten vermieden werden können, daß den Ebert und Genossen ihr Erfolg nicht gemordet wäre, wenn unsere Genossen im Zentralrat vertreten gewesen wären.

Die Unabhängigen haben also in jeder Hinsicht den Verlust ihres Einflusses auf die Regierungsgewalt sich selber zuzuschreiben.

Bemerkenswert ist das Bestreben der Unabhängigen, gerade jetzt, nach ihrem Austritt aus der Regierung, zwischen sich und den Spartakusleuten einen tiefen Strich zu ziehen. Die „Freiheit“ bezeichnet es als eine Unmöglichkeit, die Unabhängigen mit dem Spartakus und zu identifizieren. Das Blatt sagt:

Von Anfang an haben unsere Freunde die politische Taktik des Spartakusbundes abgelehnt und sind von ihm in heftigster Weise bekämpft worden. Die Zustände sind sehr unheilbar geworden. Der Spartakusbund hat unsere Organisation benutzt, und sie von innen heraus zu sprengen versucht. Er hat keine eigene Organisation, keine eigene Presse, keine eigene Politik. Gleichzeitig üben aber seine eigenen Anhänger nicht unbeträchtlichen Einfluß auf die Entscheidungen unserer Organisationen. Das muß aufhören. Wir erwarten und wünschen, daß die Reichskonferenz des Spartakusbundes endlich auch die formelle Trennung vollzieht, sonst würden wir selbst sie ungeschickt durchzuführen.“

Das Blatt bezeichnet weiter die Politik des Spartakusbundes als verhängnisvoll, es erklärt den Antiparlamentarismus und Zerwürfens als Mischfall in primitive Zustände und lehnt jede Gewaltanwendung ab, außer zum Zweck der Ueberwindung der Gewalt. Weiter heißt es in dem Artikel:

Wir haben in der Wiederherstellung der Produktion, die, soweit es irgend möglich, auf sozialistische Grundlage zu setzen ist, eine zwingende ökonomische Notwendigkeit. Im Streit, unter der Herrschaft des Proletariats, bei größtem Mangel an Produktion, setzen wir heute eine Schätzung der Gesamtheit überhaupt und der ärmeren Klassen insbesondere.

Das Programm der Unabhängigen wird so gekennzeichnet: „Außerhalb der jetzigen Regierung stehend, werden wir alles tun, sie vorwärts zu treiben, ihr Zögern und ihre Neigung zu

Anschauungen und Methoden des alten Regimes zu überwinden. Unsere Kritik wird aber sachlich sein, und an uns soll es nicht liegen, wenn die Einheit der proletarischen Kampffront gegenüber der bürgerlichen Welt nicht gewahrt wird. Ein noch größeres Verderben, als augenblicklich die Stilllegung der Produktion, wäre der Bürgerkrieg innerhalb des Proletariats. Jede Politik, die darauf hinausläuft, wird unseren entschiedensten Widerstand finden.“

## Die unabhängigen Ressortminister.

Wie wir hören, will die Unabhängige sozialdemokratische Partei nach dem Austritt ihrer Angehörigen aus dem Rat der Volksbeauftragten auch diejenigen Parteigenossen, die andere Regierungsstellen im Reich und in Preußen bekleiden, zur Demission veranlassen. Das ist im allgemeinen nur zu billigen, soweit die Aufrechterhaltung der bisherigen Besetzung dieser Posten in erster Linie einem parteipolitischen Interesse entspringen würde. Anders ist es aber zu beurteilen, wenn Ressortminister nicht nur auf Grund ihrer Zugehörigkeit zur unabhängigen sozialdemokratischen Partei, sondern auch auf Grund ihrer Sachkenntnis in ihre Ämter eingesetzt wurden und sich darin wirklich bewährt haben. In solchen Fällen muß man sich ohne Rücksicht auf alle Parteimeinung, einfach im Interesse der jetzt doppelt notwendigen Arbeitsfähigkeit des Verwaltungsapparates mit Entschiedenheit dagegen verwahren, daß solche bewährten Kräfte dem Reichsdienst entzogen werden, weil sich die Volksbeauftragten nicht untereinander verständigen konnten.

Das gilt für den Fall des Staatssekretärs Wurm, des Leiters des Reichsernährungsamtes. Wurm hat sich während seiner Amtstätigkeit als Fachmann bewährt, und sein Rücktritt würde zweifellos einen Verlust bedeuten. Wie es heißt, will seine Partei ihm aber nur gestatten, solange im Amt zu bleiben, bis man einen Nachfolger für ihn gefunden hat. Ein solcher sachlich unbegründeter Wechsel in der nahezu wichtigsten Verwaltungsstelle kann keinesfalls gebilligt werden.

Von vielen Seiten würde man wohl auch das Ausscheiden Rautskys aus dem auswärtigen Amt bedauern. Es ist im gegenwärtigen Zeitpunkt sicher nicht ohne Wert, einen Sozialisten, der wie Rautsky in der Lage ist, internationale Verhältnisse in größeren Zusammenhängen zu überblicken, im auswärtigen Amt zu belassen, umso mehr, als er nicht, wie ein großer Teil der Mehrheitssozialisten, die klägliche Diktatur der alten Regierung mitgemacht hat.

Zionistentag in Berlin. Dieser Tage fand im „Reingold“ der 15. Delegiertentag der zionistischen Vereinigung unter Teilnahme von 140 Delegierten aus allen deutschen Städten und etwa 2000 Gästen statt. Der Vorsitzende der deutschen zionistischen Vereinigung, Dr. S. H. S. S., eröffnete die Tagung mit einem Bericht über die Entwicklung und die Erfolge des Zionismus im Weltkrieg. Er wies darauf hin, daß das Ziel der Zionisten, die Sicherung Palästinas als nationale Heimstätte für das jüdische Volk, durch die Friedenskonferenz erfüllt werden werde. Auch in Deutschland habe der Zionismus eine große Anzahl neuer Anhänger erworben. — In der sich anschließenden allgemeinen Debatte wurde die Ueberzeugung mit der Politik der zionistischen Gesamtleitung zum Ausdruck gebracht. Am Nachmittag begann die Erörterung der Palästinafrage, über die Herr S. H. S. referierte. Er erklärte, daß im Laufe der nächsten 30 Jahre circa zwei Millionen Juden in Palästina angesiedelt werden könnten. Im Mittelpunkt der sehr lebhaften Debatte stand das Problem der sozialen Erhaltung des palästinaischen Gemeinwesens, wobei sich sozialistische und privatwirtschaftliche Anschauungen gegenüberstanden. Von vielen Seiten wurde erklärt, daß eine viel schnellere Besiedlung Palästinas möglich sei, als sie der Referent in Aussicht nähme. Die Debatte endete mit einer Resolution, die von der Friedenskonferenz die Schaffung der jüdisch-nationalen Heimstätte in Palästina verlangt und die Sicherung des jüdischen Selbstbestimmungsrechts beim Aufbau Palästinas. In etwa zwei Monaten soll eine neue Tagung einberufen werden zur Klärung der Grundlagen der Palästinafrage.

Oberst Schwerdt, der vor dem Ausbruch der Revolution Stadtkommandant von Berlin war, wurde zum Inspektor der Landwehrinspektion Breslau ernannt.

## Arthur Schnitzler und Casanova.

Von Arthur Coeffler.

Jeder Deutsche, der sich heute an die Öffentlichkeit begibt, wird sich schon seiner Sicherheit wegen vorher peinlichst untersuchen müssen, inwieweit er sich während der vier Kriegsjahre compromittiert haben könnte. Hat er kein Kriegslied geschrieben, so wird es von den Alldeutschen verurteilt, die jetzt allerdings nicht viel zu sagen haben. Hat er einer mit Kling und Klang ausrundernden Truppe unerschrocken ein Hurra nachgerufen, so wird er von den Ärgsten verdammt, die jetzt unheimlich kriegerisch geworden sind. Der Fall Schnitzler liegt im unklaren oder er ist zum mindesten unergiebig; denn die Aktivitäten von beiden Seiten werden ihm höchstens Passivität oder Indifferenz vorwerfen können. Schnitzler hat im Kriege sein Friedenshandwerk unbekümmert, oder sagen wir, unbekümmert fortgesetzt: er schrieb Komödien und Novellen, so gut er es verstand. Sein Fall oder Nichtfall erinnert mich an den des armen Geigers, der während der großen französischen Revolution vor das Tribunal geschleppt wurde. — Was hast du bis jetzt getrieben? — Ich habe Geige gespielt. — Und was wirst du ferner treiben? — Ich werde Geige spielen. — Man hielt den Mann für unheilbar, aber auch für unschädlich genug, um ihn nicht unter die Guillotine zu stecken. Der wegen mangelnder bürgerlicher Gesinnung Verdächtige, wegen geistiger Unzulänglichkeit Freigeisterei eilte nach Hause, nahm die Geige aus dem Futteral, freischelte sie gütlich und spielte darauf so schön wie noch nie, spielte darauf eine Phantasie, die weder mit Todesangst oder Guillotine noch mit Königtum oder Jacobinertum irgendetwas zu tun hatte. So wenigstens denke ich: den Ausgang der Geschichte, die ich offen gestanden vom alten Witz habe; aber dem kam es wie immer wohl nur darauf an, uns eine besonders französische Konstruktions durch einige Wiederholungen ins Gedächtnis zu hämmern.

Arthur Schnitzler hat eine Novelle geschrieben und gar eine, die den genauen Igen aller historischen Abenteuer zum Helben genommen hat: „Casanovas Heimfahrt“ (E. Fischer). Schnitzler schenkt dem erfolgreichsten Frauenjäger, der es wahrhaftig nicht nötig hatte, noch ein letztes Abenteuer vor der Heimkehr in seine Vaterstadt; es ist also ein Opfer, es muß ein Dank

auch den stärksten Hauptspielers Erfolg. Neben ihnen tat sich Gräfin Orléans als schmuddriges Berliner Mädchen, das sich als Autorkritik im Rücken aufspielt und schäbigeren junge Männer ermutigt, durch eine tolle Unmut, die selbst mit der Ausdringlichkeit verschlimmern kann hervor. Nach Alexander Clert, der dom auf einen gefährlichen Posten gestellten Erbenkel, eine hellere Seite abgewandt, Gerhard Schröder als leicht belehrter Vertreter des Amerikanismus und Alice Corning als resolute Theaterdame, die alles Krümme gerade macht, setzten sich besonders glänzlich für die im ganzen gut gespielte Komödie ein. Der lebhafteste Beifall, der dem Verfasser und die Darsteller hervorrief, stieß einige Male auf einen Widerstand, der zu den Gewohnheiten der Berliner Erbauungsabende gehört, zu dem aber in diesem harmlosen Falle ein Anlaß nicht gegeben war.

Eine populäre Ausgabe von Rembrandts Radierungen gibt der Holbein-Verlag in München in drei starken Mappenbänden heraus: ein Werk, das der höchsten Aufmerksamkeit aller Kunstfreunde würdig ist. Für wohlfeilsten Preis werden hier sämtliche Radierungen des Meisters — etwa 330 Blatt — in dem neuen Kupferstich-Verfahren (das ohne Retusche arbeitet) geboten und ist erstaunlich, wie nahe, mit nur wenig abgeklärter Konfäkte, diese Reproduktionen an die Originalarbeiten, die freilich immer unergiebiglich bleiben, herankommen. Jedenfalls haben wir ein derartiges Reproduktionswerk, was Rembrandt betrifft, bisher nicht gehabt. Nur von Dürer besaßen wir etwas Gleichwertiges, in der Uebergabe der Kupferstiche, die der gleiche Verlag im gleichen Verfahren herausgegeben hat. Der uns vorliegende, aus technischem Grunde zuerst veröffentlichte zweite Band enthält Rembrandts Radierungen der mittleren Zeit, aus den Jahren 1633—1644 und bietet die empfehlendste Probe des Gesamtwerkes, dem der leider kriegsgefallene Professor Jaro Springer (ehemals am Kupferstichkabinett) den Begleittext mit auf den Weg gibt.

Eine wunderliche Bewegung ist, wie unser Mitarbeiter aus Wien drapet, von der dortigen Autorengeellschaft eingeleitet worden, dahin abzielend, daß die Ausstellung zwischen den Operettenlibrettisten und den Komponisten nicht wie bisher zu gleichen Teilen erfolgen soll, sondern daß 60 Prozent der Autorenhonoreare den „Buchmachern“ und 40 Prozent den Komponisten zufallen sollen. Diese Forderung wird damit begründet, daß der Komponist von dem Textdichter inspiriert werden muß, während die Librettisten ihre Gedanken aus eigenem (l) zu schöpfen gezwungen sind.

Wie den Theatern. Der langjährige Spielleiter des Breslauer Stadttheaters, Hugo Richter, ist am vergangenen Freitag nach schwerem Leiden gestorben. Er war an der Breslauer Oper 21 Jahre lang erfolgreich tätig.



# Noske über die Aufstellung des Volksherees.

Der Volksbeauftragte Noske, der die Bearbeitung der militärischen Fragen in der Reichsregierung übernommen hat, hatte mit einem Mitarbeiter der „Deutschen Allg. Ztg.“ eine Unterredung, in der er sich auf den Boden des Programms der bisherigen Regierung stellte, das in dem Gesetz vom 12. Dezember über die Schaffung einer freiwilligen Volkswehr zum Ausdruck kommt.

Diese Kerntruppe der Republik wird nur aus Freiwilligen gebildet, die das 24. Lebensjahr zurückgelegt und bei körperlicher Rüstigkeit einen längeren, einwandsfreien Frontdienst hinter sich haben. Sie werden nach einer Probezeit von 21 Tagen zunächst auf 6 Monate durch Handschlag verpflichtet, wählen ihre Führer selbst, und zwar jede Hundertschaft einen Führer und drei Jungführer, mehrere Hundertschaften den Abteilungsleiter und einen Stab, dem ein Vertrauensrat von fünf Freiwilligen zur Seite steht. Die Volkswehr untersteht ausschließlich dem Rat der Volksbeauftragten.

Als seine nächste Hauptaufgabe bezeichnet Herr Noske, gegen die von Osten drohenden Gefahren mit allen verfügbaren Mitteln einen starken Schutz zu schaffen. Die Reichsregierung denke nicht daran, die Liebergriffe der Polen auf deutschem Gebiet weiter ruhig mitanzusehen. Eine feste Hand werde sich dort in aller nächster Zeit bemerkbar machen.

Die Höhe der künftigen deutschen Friedenswehrmacht, auf die Noske zum Schluß einging, wird auf dem Friedenskongreß geregelt werden. Doch sei die deutsche Regierung entschlossen, die Bestimmungen so weit zu beschränken, wie dies die allgemeine Abrüstung der europäischen Staaten zulassen werde.

Das Braunschweiger „Amtsblatt“ veröffentlicht ein Gesetz, nach dem mit der vollkommenen Auflösung sämtlicher im Braunschweigischen Lande garnisonierenden Truppeneinheiten und Behörden begonnen wird, ausschließlich der Bezirkskommandos, Bataillone, des Proviantamtes und der Garnisonverwaltung. An Stelle des stehenden Heeres tritt nach der vollständigen Demobilisation die freie Volkswehr. Die Anordnungen des 10. Armeekorps sind für Braunschweig nicht maßgebend.

## Anklagen gegen die Münchener Bürgerwehr.

München, 30. Dezember.

In der heutigen Sitzung des provisorischen bayerischen Nationalrats legten die Unabhängigen Sozialdemokraten Material vor, daß der Minister für militärische Angelegenheiten Rothaupt später als authentisch anerkannt, und aus dem sich ergibt, daß unter dem Deckmantel der Gründung einer Bürgerwehr tatsächlich unter der Führung des Oberleutnants Haack, des alldeutschen Verlegers Lehmann und des früheren liberalen Landtagsabgeordneten Buttman genaue Vorbereitungen für einen bewaffneten gegenrevolutionären Putsch getroffen, Truppen, Geld usw. gesammelt worden waren. Da die Minister Auer und Kimm in Unterkenntnis dieser Tatsachen den Aufruf für die Errichtung der Bürgerwehr mit unterzeichnet haben, verlangen die Unabhängigen Sozialdemokraten den Rücktritt dieser Minister. Der Minister des Innern, Auer, teilte mit, daß die Regierung erst in den allerletzten Tagen erfahren habe, welche Mächenschaften sich hinter der Gründung der Bürgerwehr verborgen und daß Auer, Kimm und v. Haller daher ihre Unterschriften zurückgezogen hätten.

München, 30. Dezember.

Der bayerische provisorische Nationalrat beschloß aus Anlaß der Enthüllungen über die Bürgerwehr den seit Sonnabend noch in Haft befindlichen Verleger Lehmann und den Oberleutnant Paul dem ordentlichen Gericht zu überliefern. Im Nationalrat werden die Ergebnisse der Untersuchung gegen die Urheber des Putsches bekanntgegeben werden. Die Mitteilung eines Redners, daß

opfer gewesen sein für Bestreben in schweren Zeiten, die ihm Casanovas Erinnerungen geliefert haben. Dank eines deutschen Dichters für pikante und gar weisse Letztirel. Daraus ziehe ich den Schluß, daß Schnitzler, der nicht Positivist ist — dazu ist er nicht kriegerisch genug — sondern nur ein Mann des Friedens und der Menschlichkeit, an diesen vier Jahren tief gelitten haben muß. Und wenn der Dichter vor ein Revolutionstribunal gestellt werden sollte, so bitte ich, obgleich ich kein Instrument spiele, um die Ehre, neben ihm verhört zu werden. Wenn die Sorge um das Schicksal Deutschlands mir die Fähigkeit zur Arbeit wie zur Muße nahm, fand ich drei Männer, die sich immer als stark genug erwiesen, um mich eine Stunde abzulenken und zu sich zu zwingen: Kant, Goethe und Casanova. Dem Philosophen gelang es durch seine kategorische Nützigung zum dauernden Mitrechnen an seinem Denkprozeß, dem Dichter, der in Jahrtausenden dachte, durch seinen Trost an uns Verzweifelte über das nächste Jahrhundert hinweg, dem Abenteuerer und Lebemann durch seine unverbildete und unbedenkliche Laichfähigkeit. Der dankbare Schnitzler hat ihm eine fein erfundene Novelle von hoher stilistischer Einsicht gewidmet, ein feines Stück deutsches Prosa, eine höchst gediegene und haltbare Vermehrung unserer immer noch nicht sehr reichen Erzählungskunst. Wer kann heute überhaupt noch erzählen? Die aristokratische Kunstform der Novelle war durch die naturalistische Verpflichtung zur Beobachtung platt getreten, war durch die impressionistische zur Interpunktion des Augenblicks aufgelöst worden. Der Expressionismus, der gern in egoistischen und blutdürstigen Visionen ausschweifte, stellte sie nur scheinbar wieder her, weil er lieber in allen hohen Ausscharten schnauzte und raste, statt zu erzählen, was dem Deutschen immer am schwersten fällt.

„In seinem dreißigjährigen Lebensjahre, als Casanova längst nicht mehr von der Abenteuerlust der Jugend, sondern von der Ruhelosigkeit nahenden Alters durch die Welt gejagt wurde, fühlte er in seiner Seele das Heimweh nach seiner Vaterstadt Venedig so heftig anwachsen, daß er sie, gleich einem Vogel, der aus luftigen Höhen zum Sterben allmählich nach abwärts steigt, in eng und immer enger werdenden Kreisen zu umziehen begann.“ Das ist erzählt, das ist guter Ton, das ist Haltung, das ist ausreichende und gesunde Atemverteilung. Und vor allem, das ist weder Kleist noch Tied nach Cervantes; denn wenn es auch gewisse biegsame Stilfiguren mit täuschend ähnlichen Nachahmungen versucht haben, die chronikartige, ganz auf Handlung und Tatsache gestellte Rücksternheit der alten Meister können wir doch nicht mehr

der hier lebende Prinz Ernst von Sachsen-Weimar (Bruder des früheren Herzogs Bernhard) der im Kriege als Brigadeführer teilgenommen hatte, an dem Putsch beteiligt gewesen sei, wird bestritten.

## Vorbereitungen für die Wahlen.

Im Wahlbezirk Arnberg stellte die Deutsche Demokratische Partei nach Ablehnung eines nationalliberalen Vorschlags, sich mit der Deutschen Volkspartei und gegebenenfalls auch mit der Deutschnationalen Volkspartei auf eine Einheitsliste zu einigen, für die Nationalversammlung folgende Kandidaten auf: 1. Gewerkschaftssekretär Paul Bögler-Stegen, 2. Oberbürgermeister Cuno, 3. Frau Dr. Fischer-Edardt, 4. Amtsbaumeister Oswald Brummer-Mienbochum, 5. Handelskammerpräsident Fabrikant Ernst Nolde-Wildenscheid, 6. Landwirt Dingelbach, 7. Uhrmacher Ruppertschlag-Kamen, 8. Kaufmann Adolf Herz, 9. Professor Dr. Guttman, 10. Gewerkschaftssekretär Franz Schmidt, 11. Töchtereschullehrerin Fräulein Kronmeyer in Witten (Ruhr), 12. Oberlandesgerichtsrat Geh. Justizrat Fing, 13. Schmied Wilhelm von Lohn, 14. Buchhalter Walter Marks, 15. Gewerkschaftssekretär A. Hendrich, 16. Justizrat Fren. — Für die Landesvertretung kamen folgende Kandidaten zur Aufstellung: 1. Abgeordneter Justizrat Professor Dr. Cilliger-Charlottenburg, 2. Fräulein Martha Dönhoff, 3. Rektor Mittel in Dortmund, 4. Fabrikant Reinhold Benner, 5. Postmeister Albers, 6. Justizrat Friedrich Kohn, 7. Gewerkschaftssekretär August Braun, 8. Lehrerin Fräulein Hedwig Feingerling, 9. Oberbahnassistent Feingerling, 10. Landwirt Böhm, 11. Oberlehrer Dr. Aldermann, 12. Handelskammerpräsident Generaldirektor Haffhoff, 13. Schneidermeister Böse, 14. Frau Sanitätsrat Moosbacher, 15. Vollziehungsbeamter Baumann, 16. Justizrat Fren, 17. Lehrer Rühlenshöner, 18. Schlosser Flockenhaus, 19. Mühlensbesitzer Schulze, 20. Prokurist Krüger, 21. Postschaffner Bochmann, 22. Lehrer Weites, 23. Fabrikant Max Lohmann, 24. Volkswirtschaftlicher Bedier.

Nachdem die Deutsche Demokratische Partei in Hamburg für den 37. Wahlkreis, der Hamburg, Bremen und den Regierungsbezirk Stade umfaßt, eine Sonderliste aufgestellt hat, ist es gelungen, für Bremen und den Regierungsbezirk Stade eine gemeinsame Liste herauszubringen, deren erste Kandidaten der Direktor des städtischen Amtes in Bremen, Dr. Böhmert und Freiherr v. Richtigshofen sind, der gleichzeitig in Hannover die erste Stelle der demokratischen Liste innehat.

Wie uns aus Königsberg berichtet wird, ist die gemeldete Kandidatur des Oberpräsidenten Batocki für die Nationalversammlung als Vertreter der Deutschen Volkspartei noch nicht gesichert, da die Voraussetzung dafür — ein Zusammengehen der Deutschen Volkspartei mit der Deutschnationalen Volkspartei — nach den bisherigen Verhandlungen nicht zustande zu kommen scheint. Dagegen dürfte die Aufstellung Batockis als ersten Kandidaten für die preussische Landesversammlung bestimmt erfolgen.

## Die Wahlbewegung im besetzten Gebiet.

Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Das Oberkommando der Alliierten hat bestimmt, daß den im Zusammenhange mit den Wahlen zwischen den britischen und französischen Gebieten mit Ausnahme des Maß-Bohringens verbleibenden Personen, die im Besitz eines Passierscheines oder eines ordnungsmäßigen deutschen Verwaltungsbescheides sind, die Schiffe in die besetzten Gebiete oder die Ausreise nach dem Innern Deutschlands gewährt werden kann. Das Oberkommando der Alliierten hat nunmehr folgende Zugangsbestimmungen getroffen:

Die „Ordnungsmäßigen“ deutsche Verwaltungsbediensteten, die Bedienstete, Passierscheine auszustellen, ist das Reichsamt des Innern (Berlin W 9, Wilhelmstr. 74); es wird den alliierten Anwesen empfohlen, sich in der Durchführung dieser Passierscheine großzügig zu zeigen. Die Passierscheine können bis zum 22. Januar gültig sein, wenn die alliierten Anwesen keine besonderen Anzweifelungen darin erblicken. Um Zeitverluste zu vermeiden, ist es angebracht, die Passierscheine mit einem Wum von den Kommandanten der Orte versehen zu lassen, um denen die Inhaber der Passierscheine den Zug verlaufen.

erreichen, nachdem wir alle hohen Bräutungen der psychologischen Analyse abgelegt haben. Schnitzler bleibt natürlich, weil er sich um unwiederbringliche Sklavität nicht mehr bemüht; er treibt seine Erzählung zum beschleunigten Schritt des Laichfischen, wie es die alte Ueberlieferung der Novelle verlangt, und er hält zugleich das Tempo durch ein vorsichtiges Maß psychologischer Redensarten an, ohne die wir heutigen — Spezialbedier auch der letzten seelischen Elemente — menschlichen Vorgängen nicht mehr folgen können.

Wer also an der reinen Handlung sein Vergnügen findet, der wird mit der Spannung, die jede gute Erzählung erregen muß, der ungemein geschickt und dramatisch geförderten Erfindung folgen, wie der alternde Casanova vor seiner Heimfahrt auf ein junges Mädchen stößt, mit dem er nicht fertig wird. Wie er die schöne, kluge und gelehrte Marcolina in einem schmählichen Handel ihrem Geiste abläuft und wie er den Rivalen tötet, den er doch neidisch und sehnsüchtig bewundert als die frech überzeugende Jugend, mit der er einst zu liegen pflegte. Wer ein Organ für stilistische Gediegenheit hat, der wird sich an dem ebenmäßigen, nie zu lauten, nie zu leisen, nie über das Nötige hinausgehobenen Vortrag freuen. Und der erwünschteste Leser, der dem Dichter immer noch aus eigener Erfahrung und Erinnerung zustimmend zu geben weiß, wird der ohne zu starken Wellenschlag vorübergeflommenen Erzählung einen Augenblick nachhinken, um, wenn auch gar nicht zur Familie der glänzenden Verführer gehörig, diesem Schnitzlerschen Casanova noch einige brüderliche Gedanken zu widmen. Denn dieser alternde Casanova, der nur noch von seinem Ruhme lebt, der nur noch die Menschen überzeugt, die ihn in seinem Glanze kannten, das ist ja nicht nur der abgenutzte Abenteuerer. Das könnte auch ein Dichter, ein Künstler, ein Witze sein, irgend jemand, der schon auf dem Abstieg ist, auf dem Wege zu dem dunklen Tor, und der sich und die anderen mit gequältem Eifer an das erinnern muß, was er einmal war. So erweitert sich diese Geschichte einer Heimfahrt mit künstlerischer Unabsichtlichkeit über das, was sie neu darstellen wollte, und so dümmert ganz von selbst an ihrem klaren Horizont eine feine melancholische Nachdenklichkeit.

Su Ehren Victor Wiltchgens hat der Magistrat von Boring (Anhalt) beschlossen, am 4. Januar 1919 anlässlich des 75. Geburtstages des dort geborenen Dichters im Rathaus ein Victor-Wiltchgen-Zimmer einzurichten.

## Tagung der Groß-Berliner Soldatenräte.

Im großen Sitzungssaal des Reichstages hielten die Soldatenräte der Groß-Berliner Garnison gestern nachmittags eine Volkerversammlung ab, auf deren Tagesordnung als wichtigste Punkte der Bericht über die bisherige Tätigkeit des Reiner-Ausschusses sowie die Wahl der Mitglieder in den Vorstand des Groß-Berliner A. u. S.-Rates standen.

Der Vorsitzende Oge eröffnete die Versammlung mit einigen kurzen Worten des Gedenkens für die Gefallenen vom 24. Dezember, denen das Haus durch Erheben von den Sitzen zustimmte. Ueber die bisherige Tätigkeit des Reiner-Ausschusses berichtete Lange. Die Verhandlungen mit den Arbeitern hätten den Ausschuss veranlaßt, nach reichlicher Ueberlegung folgende Gesichtspunkte für die Wahl zum Volksgesetzrat aufzustellen: Der Groß-Berliner Volksgesetzrat solle aus 24 Mitgliedern gebildet werden. Acht von ihnen sollen von den Mehrheitssozialisten, acht von den Unabhängigen und acht von den Soldaten gewählt werden. Auch die acht Soldatenvertreter hätten den getroffenen Vereinbarungen den beiden sozialistischen Parteien je zur Hälfte anzugehören. Um eine fruchtbare Tätigkeit dieses neuen Volksgesetzrates zu ermöglichen, habe sich dieser von vornherein nur mit der Kontrolle der Regierung zu befassen. Aus dem Volksgesetzrat sollten fünf Ausschüsse gebildet werden, denen folgende Angelegenheiten zur Erledigung zugewiesen werden: militärische Angelegenheiten rein Groß-Berliner Angelegenheiten, kommunale Fragen, Betriebs- und gewerbliche Fragen und schließlich interne Angelegenheiten.

Nach Lange ergriff als erster Diskussionsredner Wegmann, ein Mitglied des alten Volksgesetzrates, das Wort. Er begann seine Rede mit Anwürfen gegen den Groß-Berliner Soldatenrat, dem er unparlamentarisches Gebahren und politische Gleichgültigkeit vorwarf. Schon bei diesen Worten kam es zu teilweise sehr stillen Diskussionen unter den Anwesenden seitens der Versammlung, so daß der Vorsitzende wiederholt zur Ruhe mahnen mußte, um dem Redner Gehör zu verschaffen. Diese stillen Diskussionen wiederholten sich, als Wegmann im weiteren Verlauf seiner Ausführungen Angriffe auf einzelne Personen vorbrachte, und sie steigerten sich, als er erklärte, der erste Schuß bei den blutigen Vorfällen in der Chausseestraße sei von einem „Studentenspiegel“ abgegeben worden. Auch das Mitglied des Soldatenrates Krebs (der schon bei den Vorgängen am 6. Dezember eine Rolle spielte) trage die Verantwortung für diese Vorgänge. Es hat abermals den Anschein, als wenn es Wegmann nicht gelingen werde, seine Rede zu beenden. Die Stimmung gegen ihn steigt zur Siebehe, als bekannt wird, daß Wegmann gar nicht vom Volksgesetzrat beauftragt sei, zu sprechen, sondern daß er im Namen seiner Partei, der Unabhängigen, das Wort ergriffen habe.

Krebs erklärte zu den Ausführungen Wegmanns, daß er an dem Blutvergießen vom 6. Dezember unschuldig sei. Er habe nur als untergeordnetes Organ der Kommandantur im Einverständnis mit der Soldatenwehr gehandelt. Zur Frage des Generalkommandos Ober-Ost führte der Redner an, daß in der Nacht zum Montag ein Telegramm gekommen sei, welches besagte, daß die Polen mit 80 000 Mann im Anmarsch auf Berlin seien. (Zwischenruf: Immer kommen lassen; desto eher werden wir Wels los! Große Heiterkeit.) Die Polen ständen laut Telegramm bereits zwischen Posen und Frankfurt a. O. und hätten den Eisenbahnhauptbahnhof Beschen besetzt. Darauf sei ihnen die 5. Infanterie-Division entgegengeführt worden.

Lott von der Volksmarine-Division schilderte das Verhalten der Matrosen während der Konflikttage und verurteilte das ganze Verhalten der Regierung zugunsten. Seine Ausführungen finden bei der großen Mehrheit der Versammelten wenig Beifall. Er schließt damit, daß er zur Einigkeit der sozialistischen Parteien aufrufe und die Soldatenräte bittet, mit bestem Beispiel voranzugehen und diese Einigkeit vor allem in ihrer Mitte walten zu lassen.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte abgelehnt worden war, wurde nach weiterer ausgedehnter Aussprache ein Antrag angenommen, wonach in den Volksgesetzrat für Groß-Berlin nur Anhänger der beiden sozialistischen Parteien gewählt werden können. Hierauf wurde die Versammlung unterbrochen, um der Fraktion der Mehrheitssozialisten Gelegenheit zu geben, sich nochmals über den Wahlmodus zu besprechen.

Nach etwa dreiviertelstündiger Fraktionsberatung ließen die Mehrheitssozialisten die Erklärung abgeben, daß sie an der Verhältniswahl festhalten. Die Folge hiervon war ein Antrag der Unabhängigen, die Neuwahlen zum Volksgesetzrat zu vertagen und vorher eine Neuwahl der Soldatenräte in den Kasernen auf Grund der Verhältniswahl vorzunehmen. Von den Unabhängigen wurde verlangt, daß die Abstimmung über den Wahlmodus namentlich erfolgen sollte. Diesem Verlangen gab die Versammlung aber nicht nach. Hierauf wurde mit Mehrheit beschlossen, für die Wahl zum Volksgesetzrat das Verhältniswahlsystem in Anwendung zu bringen. Mollenbuhr wies in der weiteren Aussprache darauf hin, daß der Volksgesetzrat sich darüber einig sei, daß seine weitere Tätigkeit sich nicht mehr in engen verschlossenen Kreise, sondern in breiter Öffentlichkeit abspielen müsse, daher sei eine Neuwahl aller A. u. S.-Räte erforderlich. Daß diese Wahl auf Grund des Verhältniswahlsystems erfolge, könnte den Mehrheitssozialisten nur recht sein. Sie haben jetzt die Pflicht, die wahre Stimmung der Berliner Bevölkerung festzustellen und sich nicht mehr von einer kleinen Minderheit erdrücken zu lassen.

Die Beratungen dauerten bis in die Nachstunden weiter.

## Die Heimkehr der Truppen aus dem Osten.

Ueber die Lage unserer Truppen in der Ukraine und ihren Transport in die Heimat wird von zuständiger Stelle folgendes mitgeteilt: Wenn nicht unerwartete Zwischenfälle eintreten, kann man mit ziemlicher Sicherheit darauf rechnen, daß etwa Anfang März die letzten deutschen Truppen die Ukraine verlassen haben werden. Die Regierung ist vor allem bemüht, den Transport auf der Eisenbahn zur Verfügung stehenden Beförderungsmitteln Kowel-Brest-Atowol-Profitten durch verstärkten Bahndienst und vermehrte Bestellung von Transportmaterial zu fördern. Infolge dessen ist der Verkehr seit Weihnachten bereits um 4 Fünftel täglich vermehrt worden, und weitere Vermehrung steht bevor.

Die in Dorpat zurückgelassenen 8000 Mann deutsche Soldaten, die infolge des Streiks der estnischen Eisenbahnangestellten nicht rechtzeitig abtransportiert werden konnten, sind am 27. Dezember zu Fuß in Riga angekommen. Die Truppe wurde auf ihrem Marsch mehrmals von estnischen Freiwilligen-Kompanien überfallen, die sie zu entwerfen versuchten. Es gelang den Deutschen sich ohne Verluste durchzuschlagen und auch Angriffe bolschewistischer Banden abzuweisen. Mit der Ankunft der Kolonne in Riga haben die letzten deutschen Truppen das Gebiet der Republik Estland verlassen. Von Riga werden sie mit der Bahn weitertransportiert werden.

## Der Drahtverkehr mit dem besetzten Gebiet unterbrochen.

Wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, sind am 28. Dezember abends sämtliche telegraphischen Leitungen westlich Frankfurt a. M. geschnitten und so die Verbindungen nach Darmstadt, Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, Straßburg unterbrochen worden.



# Das Programm der „zweiten Revolution“.

## Reichskonferenz des Spartakusbundes.

Im Festsaal des Abgeordnetenhauses an vier langen Tischreihen versammelten sich um 1/3 Uhr von neuem die Anhänger Liebknechts, die am Vormittag begonnene Reichskonferenz des Spartakusbundes fortzusetzen. Etwa 80 Abgeordnete aus dem Reich, ein Duzend Frauen darunter, von der Erziehung der Rosa Luxemburg, in der Hauptsache ihre „Schülerinnen“ — wie selbst sie stolz sich nennen —, junge Leute mit der intellektuellen-Drille und dem entsprechenden Haarjuch, Arbeitervertreter, derbblodig, und dem gesunden Unterbewusstsein, zwei drei Matrosen in biden Mänteln und Schalschiffeln, wenige Freigraue, ein blutjunger Rentner mit dem Garbesriegel; vorn am Präsidium Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Dr. Paul Lepp und Herr Felix Löfing, der bisher für das W. Z. B. verantwortlich gezeichnet hat... das ist der Kopf der jüngsten deutschen Partei, der „kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands“. Herr Kadel, der in seiner kriegerischen Oberleutnant-Uniform dem Vormittag die Senation gab, fehlt am Nachmittag.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beschließt die Versammlung, an die Arbeiter Oberschlesiens eine Dringung zu richten, die den Streikenden die herzlichste Sympathie ausdrückt und sie als die tapferen Vorkämpfer gegen die „kapitalistische Regierung Ebert-Haase-Scheidemann“ begrüßt.

Dann erhebt Dr. Lepp, immer wieder durch stürmische Zwischenrufe unterbrochen, sein Referat „Ueber die Nationalversammlung“. Er beginnt mit dem Bekenntnis, daß es ihm nicht leicht sei, vor diesem Kreise überhaupt über die Nationalversammlung sprechen zu müssen. Und seine Befürchtung, daß er „Unverständnis und Unwillen stoßen werde, bestärkt sich nur allzu sehr und allzu gründlich; denn Lepp tritt, im Auftrag im Namen der Parteileitung sprechend, für die Beteiligung an den Wahlen ein: Die Nationalversammlung stehe im Mittelpunkt des politischen Interesses; sie werde vielleicht sogar das politische Bild Deutschlands auf Monate beherrschen. Sie sei eine der stärksten Positionen, das Volkswort der Bourgeoisie, die Hochburg der Gegenrevolution. Und in jede Schanze des Kapitalismus müsse das radikale Proletariat eindringen, müsse dieses Instrument der Reaktion von innen aushöhlen. Nicht etwa, um eine Vertretung zu haben in dieser Versammlung, müssen wir wählen, sondern um Einbruch zu erheben gegen den Zusammenhalt. Dazu ist es notwendig, da solle unsere Anhänger zwei Namen als ihren Protest kundgeben. Liebknecht und Luxemburg. Die beiden sollen in dem Parlament, das wir nicht anerkennen, das wir bekämpfen werden bis aufs Äußerste, als unsere Spione, als unsere Führer sitzen, die nicht etwa mitzuarbeiten, sondern entgegenzuwirken bestimmt sind; denn wenn wir für Stimmhaltung werden werden wir den Unabhängigen in die Hände. Dieses Werbeprogramm gilt für die vorläufige — ich sage, für die vorläufige — Einberufung der Nationalversammlung; aber der Sieg der neuen, der wahren, der sozialistischen Revolution geht nur über die Leiche der Nationalversammlung!“

Von Beginn seiner Rede an wurde Lepp durch eine kräftige Mehrheit gestört, unterbrochen, immer wieder auf den Weg der Gewalt verwiesen. „Nationalversammlung — niemals!“ Und wie er die Unmöglichkeit betont, die Wahlen oder den Zusammenhalt zu verhindern, da schreien sie ihm entgegen: „Handgranaten, Maschinengewehre auf die Straße!“ „Und, das eine schließt ja das andere nicht aus, nach wie vor sei die Straße der wichtigste Schauplatz des Kampfes gegen die Bourgeoisie.“ „Dann ist die ganze Diskussion hier Zeitverschwendung, sowohl Zeitverschwendung!“ — „Wer wir werden eben nicht hindern können, daß sie doch zusammentritt, wenn nicht in Berlin, dann in Schilda oder Arzchwinkel.“ — „Auseinanderreiben, die ganze Bande verhaften, die Bourgeoisie in die Kanäle nehmen!“ — „Gewiß, vielleicht — vielleicht — können wir sie verhaften; aber das wäre keine politische Niederlage der Bourgeoisie; wir haben auch den Wählerkampf der A. und S. Räte Deutschlands zu sprengen versucht, und der Zentralrat hat über unsere Köpfe hinweg gegen uns Entschlüsse gefaßt. Und: woher wissen Sie denn, daß ganz Deutschland bereit ist wie Berlin, wie das Ruhrgebiet, wie Oberschlesien...?“

Lepp hat einen sehr schweren Stand; man will sich nicht lange aufhalten mit Parteilichkeit und politischen Sitzadwegen. Rühle-Dresden erklärt die Absichten der Parteileitung kurzweg als opportunistische Kompromisspolitik, die die Massen genau so aus den Netzen Spartakus' treiben würde, wie es das Verhalten der Unabhängigen in ihrer Partei getan. „Es kann keine Stube geben, solange uns der Popanz der Nationalversammlung droht! Wir sind im Begriff, die Macht an uns zu reißen; wir werden sie uns nicht wieder aus den Händen winder lassen! Mit der Autoritätshäufel ist es ein für alle mal vorbei; die Masse führt sich selbst. Und wenn die Nationalversammlung in Potsdam oder Dingelberg tagt, dann bilden wir in Berlin eine neue Regierung, dann etablieren wir uns hier und preisen auf die Nationalversammlung!“

Nach Rosa Luxemburg, die Gefeierte, bei deren Austritt das anwühlige Gemurmel zunächst schweigt, wird unterbrochen und heftig angegriffen. Die geschulte Politikerin mahnt zur Bedachtsamkeit: das so oft und leidenschaftlich zitierte russische Beispiel treffe für Deutschland noch lange nicht zu. Das Räte-System, am 9. November aufgerichtet, habe längst verrotten, weil die Massen noch nicht genügend revolutioniert waren; und heute reden wir noch in den Rindenschuhen in der tiefsten Unterwelt. Langer erster Arbeit bedürfte es noch, das deutsche Proletariat zur Revolution reif zu machen. Wenn Genosse Rühle hier in 14 Tagen eine neue Regierung ansprechen will, dann zwingt man ihn, hier zu bleiben, daß er es uns vormache! Wir wollen nicht den schnellsten, wir wollen den sichersten Weg gehen! Die Parole: Maschinengewehre oder Parlamentarismus ist eine bequeme Umgehung mühevoller Arbeit. Wir haben noch viele Etappen, bis wir voll zur Herrschaft kommen werden!

Diese Ausführungen sind zu theoretisch, zu bedächtig, die radikalen Hitzköpfe — in der Mehrzahl Berliner! — unzustimmen; und langsam scheint den Führern die Macht über ihre Anhänger zu entgleiten. Ein Redner brauchte das kennzeichnende Wort: „Die Geister, die ihr riefet...“

Noch einmal bietet Liebknecht seine ganze Bedachtsamkeit auf, entwickelt wiederum das Programm der „zweiten, wahren Revolution“. Die Beteiligung an den Nationalwahlen sei keine Lebens- und Existenzfrage, als die Lepp sie betrachtete, aber sie sei äußerst wichtig und ernstester Erwägung wert. „Zwei Möglichkeiten gibt es: in vierzig Tagen kann die neue Revolution liegen, kann die ganze Nationalversammlung über den Haufen werfen, und ich halte diese Möglichkeit nicht für ausgeschlossen. Aber es besteht auch die Möglichkeit, daß die Bourgeoisie unter Eberts Führung zunächst die Oberhand gewinnt, daß man uns einperlt, daß man uns mit allen Mitteln bekämpft, denn wir haben längst noch nicht alle die proletarischen Massen aufgefressen und erfaßt, die wir zu einer Herrschaft des Proletariats brauchen. Deshalb muß unsere Politik auf eine längere Dauer der Entwicklung berechnet sein. Was in die feindlichen Wahlsammlungen, in die die Arbeiter-schaft geteilt wird, erzwingt Euch unter Umständen mit Gewalt das Wort zur Diskussion und werbt für unsere Idee. Und wählt alle uns beide, die Geister in Luxemburg und mich; wie im Reichstag, so werden wir auch in der Nationalversammlung die Schödnägel einbringen, werden die Verhandlungen führen, mit allen Mitteln Obstruktion treiben (Zwischenruf: „Schluß! Wir lassen uns nicht wieder einperlen!), wir werden uns hinauswerfen lassen, und diese systematische Arbeit wird der Bewegung bessere Dienste leisten!“

Nur wenige Stöße Ratschen spärlichen Beifall. Fünf Stunden lang geht die Aussprache hin und her; an die zwanzig Redner erwägen das Für und Wider, und je schroffer, je radikaler sie gegen eine Beteiligung an den Nationalwahlen und für eine Gewalt-politik eintreten, um so stürmischer der Beifall.

Und eine Rednerin aus Düsseldorf fordert kurzweg die Entflammung des wirtschaftlichen Kriegs: „Wir müssen die Arbeiter zum Massenstreik aufrufen, und was in Oberschlesien so vielversprechend begonnen hat, muß durch ganz Deutschland systematisch verbreitet werden: Die Aufhebung der Vergleiche, die Stilllegung sämtlicher Gruben. Damit zwingen wir die Bourgeoisie in die Randare, stürzen wir die Regierung, verhindern wir die Nationalversammlung!“

Einmal kommt es fast zum Tumult. Ein Redner, aus Sachsen, wagt es festzustellen, daß der Demonstrationstag der Spartakusleute — die das Trauergelocke selbstverständlich als Parteianhänger zählen, abgesehen ein großer Teil der verhafteten Unabhängigen im Zuge war! — kleiner war als der der Reichssozialisten und warnt, die Macht der Partei zu überschätzen, die in vielen Teilen des Reiches durchaus eine Minderheit darstelle. Mit wuchtigen Faustschlägen auf den Tisch, mit wüstem Schreien wurde diese tatsächliche Feststellung hinweggegluckert. Es fehlte nicht viel, und man hätte Liebknecht gegenrevolutionärer Umtriebe bezichtigt; so war die Stimmung...

Dreimal wird der Antrag auf Schluß der Debatte abgelehnt. Dann endlich, gegen 1/2 Uhr, schreitet man zur Abstimmung. Zwei Anträge liegen vor. Der eine, von Rod-Duisburg, verlangt die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung und die Verbreitung gleichmäßiger Wahlzettel in ganz Deutschland, die nur auf die Namen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht lauten. Der zweite Antrag, von Rühle eingebracht, wendet sich scharf gegen jede Beteiligung an den Wahlen. Mit 63 gegen 28 Stimmen wird die Beteiligung an den Wahlen abgelehnt, und dieses Ergebnis wird mit stürmischem Beifall aufgenommen.

## Kriegsminister und Regierung.

Die bisherigen Volksbeauftragten Haase, Dittmann und Barth nehmen zu der schon gestern von der „Freiheit“ festgestellten Meinungsverschiedenheit zwischen den mehrheitlichen Volksbeauftragten und dem Kriegsministerium Stellung, und zwar in folgender Zuschrift an den Zentralrat der Arbeiter und Soldatenräte:

Werte Genossen!

Wir fühlen uns verpflichtet, Sie von folgender Tatsache in Kenntnis zu setzen:

Der Kriegsminister Schöck hat entschieden in Abrede, daß ihm von Ebert, Scheidemann, Landsberg der Auftrag erteilt worden ist, lediglich das Nötige zur Befreiung des Genossen Wels zu veranlassen. Er erklärt vielmehr, daß die Darstellung, wie sie auch die „Freiheit“ in ihrer heutigen Morgenausgabe bringt, richtig sei. Danach ist der Auftrag dahin gegangen, rücksichtslos mit militärischer Gewalt den Widerstand der Matrosen zu brechen, um die Autorität der Regierung zu wahren.

Der Kriegsminister Schöck hat bereits gestern früh, als er die Zeitungsmeldungen über die Sitzung des Rates der Volksbeauftragten mit dem Zentralrat las, in starker Erregung gegen die dort gegebene Darstellung protestiert. Wie wir erfahren, hat er heute eine Urkunde über den wahren Sachverhalt bei der Regierung hinterlegt, um vor der Geschichte nicht in einem falschen Dichte zu erscheinen. Danach fällt die Voraussetzung, von der aus der Zentralrat die ihm von uns vorgelegte Frage 1 beantwortet hat, in sich zusammen.

Dabei wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß auch der Führer der Volksmarinabteilung Kable die ihm in den Mund gelegte Äußerung in Abrede stellt.

Nicht nur, um die historische Wahrheit zu retten, sondern auch, um die Wahrschichtigkeit in der Arbeiterbewegung zur Geltung zu bringen, haben wir geglaubt, Ihnen vorstehende Mitteilungen machen zu müssen.

Gegenüber dieser Darstellung verbreitet der Kriegsminister durch W. Z. B. folgende Erklärung:

Der frühere Volksbeauftragte Haase ist in einem auch der Presse übergebenen Brief an den Zentralrat nochmals auf die Vorgänge vom 28. Dezember zurückgekommen. Die Angaben dieses Briefes sind durchweg unrichtig. Ich habe nie und zu nimmer gesagt, daß die Darstellung, wie sie die „Freiheit“ in ihrer Morgenausgabe vom 30. Dezember bringt, richtig sei. Mir ist nie der Auftrag gegeben worden, rücksichtslos mit militärischer Gewalt den Widerstand der Matrosen zu brechen, um die Autorität der Regierung zu wahren. Von einer durch militärische Gewalt zu wahrenen Autorität der Regierung ist nie gesprochen worden. Mein „Konflikt“ mit der Reichsregierung bestand im wesentlichen in meiner Verwahrung, daß die Vorgänge, an denen ich doch stark beteiligt war, ohne meine Zustimmung in den Verhandlungen mit dem Zentralrat amtlich behandelt wurden.“

## Die Codesdrohung gegen Wels.

Das W. Z. B. meldet: In dem Briefe der früheren Volksbeauftragten Haase, Dittmann und Barth findet sich der Satz: „Dabei wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß auch der Führer der Volksmarinabteilung Kable die ihm in den Mund gelegte Äußerung in Abrede stellt.“

Es wird hiermit festgestellt, daß der Wortlaut der telephonischen Mitteilung Kables stenographisch aufgenommen wurde und folgendermaßen lautet: „Ich glaube nicht, daß Wels lebendig herauskommt.“

## Ministerkrise in Italien.

Amsterdam, 30. Dezember.

Nach einer Neuzerählung besetzten die römischen Blätter, daß infolge des Rücktritts Bissolatis eine allgemeine Kabinetskrise unvermeidlich sei. Orlando habe vergeblich versucht, Bissolati zum Bleiben zu bewegen. Die Blätter nehmen allgemein an, daß Orlando nach dem Besuch Wilsons zurückzukehren wird und daß der König ihn dann mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragen werde.

th Lugano, 30. Dezember.

Der Rücktritt des sozialistischen Vizepräsidenten Bissolati wird mit Unstimmigkeiten zwischen diesem und Sonnino bezüglich ihrer Anschauungen über die Errichtung des Völkerbundes erklärt. Bissolati war im Kabinett wiederholt gegen den italienischen Imperialismus auf, der deutsches und südslawisches Gebiet verlangte. Bissolati fand aber kein Gehör und zog daraus die Konsequenzen. Der „Secolo“ rühmt die Gesinnungstreue des echt demokratischen Mannes, der den dauernden Weltfrieden anstrebt, und der nunmehr seine Ansichten frei werde veröffentlichen können.

## Die Beratungen in Breslau.

Drachmeldung der „Vollständigen Zeitung“.

gm Breslau, 30. Dezember.

Seute fanden in Breslau Beratungen zwischen dem Volksrat dem Soldatenrat und anderen Stellen mit dem Volksbeauftragten Landsberg und dem preußischen Ministerpräsidenten Hirsch über die Fragen der Gründung der Republik Oberschlesien und der Verleihung einer gewissen Autonomie an Oberschlesien, wo die polnische Sprache der deutschen gleichgestellt werden soll. Der Volksbeauftragte Landsberg gab im Namen der Reichsregierung die Erklärung ab, daß die Regierung nicht gewillt sei, vor irgendeiner Nachbarnation (Polen oder Tschechen), die etwa vor dem Friedenskongreß Gebiet, das zu Deutschland gehöre, wegzunehmen gewillt sei, zu kapitulieren, solange sie die Macht zum Widerstande habe. Die deutsche Ehre sei der Regierung heilig, deutsches Land lasse sie sich nicht nehmen, sie werde allen Uebergriffen mit allen Machtmitteln entgegenzutreten. Kein Volk habe, nachdem der Waffenstillstand geschlossen sei, das Recht, den Krieg fortzusetzen und dem Friedenskongreß vorzugreifen.

Nach langen und eingehenden Beratungen wurde die Frage der Bildung einer schlesischen Republik schließlich in absehbendem Sinne entschieden. Dagegen wurde den ober-schlesischen Delegierten eine Reihe von Garantien, besonders auf kirchlichem und sprachlichem Gebiet zugesichert. Die weitere Entwicklung in Oberschlesien, wo nach wie vor, unterstützt von tschechischen und polnischen Sympathiebestrebungen eine starke Stimmung für die Errichtung einer Republik Oberschlesien außerhalb des Rahmens des Deutschen Reiches besteht, bleibt abzuwarten. Unter diesen Umständen kann es nicht wundernehmen, daß die auch in den Kreisen des Breslauer Großhandels vertretene Gruppe, die Oberschlesien auf jeden Fall im Verbands des Deutschen Reiches erhalten will, auch weiterhin den Gedanken einer Bildung einer gesamt-schlesischen Republik im Rahmen des Reiches im Auge behält.

## Die wilden Streiks in Oberschlesien.

Drachmeldung der „Vollständigen Zeitung“.

\* Breslau, 30. Dezember.

Die Streiklage in Oberschlesien hat sich heute unter dem Eindruck des Eintreffens starker Truppenmassen aller Waffengattung gebessert. So ist z. B. heute die Belegschaft der Schlesiengrube, die gestern noch vollständig im Ausstand gewesen ist, vollständig wieder eingezogen. In Kattowitz fanden bis in die späten Nachstunden dauernde Beratungen mit den Gewerkschaften statt. Die Grubenverwaltungen haben den Arbeitern das Ultimatum gestellt, den Betrieb der Grube einzustellen, wenn die Arbeiter nicht innerhalb von zwei Tagen von ihrem bolschewistischen Erbein ablassen. Die Beamtenschaft der ober-schlesischen Eisenbahn-Bedarfs-A.-G. gehörenden Friedens-Grube hat bereits infolge des terroristischen Vorgehens eines Teiles der Belegschaft heute einstimmig die Einstellung ihres Betriebes beschlossen.

Aus besonderer Quelle erfahren wir, daß die Schärfe der Streiks in Oberschlesien durch die Tatsache veranlaßt wird, daß die ober-schlesische Geistlichkeit, soweit sie deutsch gestimmt ist, durch die kirchensindlichen, das Ansehen der Kirche untergrabenden Erlasse des Kultusministers Hoffmann ihre Macht über die ober-schlesischen Bergarbeiter verloren hat.

\* Breslau, 30. Dezember.

Nachrichten aus Oberschlesien zufolge werden die Groß-Polen für die Wahlen zur Nationalversammlung keine eigenen Kandidaten aufstellen. Die gemäßigten Polen unter Kapitanasch wurden erucht, mit der katholischen Volkspartei in Oberschlesien zusammenzugehen, haben aber jedes Kompromiß abgelehnt mit der Begründung, daß über Oberschlesien bereits von der Entente entschieden sei. Im übrigen dürfte die Haltung der Polen darauf zurückzuführen sein, daß sie den Kampf mit den Sozialdemokraten aufzunehmen scheuen, da sie wohl wissen, daß ein erheblicher Teil ihrer bisherigen Anhänger diesmal sozialdemokratisch stimmen wird. Sogar in territorialen Kreisen rechnet man mit 7-8 Sozialdemokraten bei insgesamt 18 Mandaten, selbst für den Fall, daß die Polen ihre Stimme abgeben würden.

## Die Einigungsverhandlungen im Ruhrrevier.

Essen, 30. Dezember.

Bei den am Sonnabend im Wilhelmer Rathaus stattgefundenen Verhandlungen zwischen Ausständigen, Regierungsmitgliedern und der Firma Thyssen wurde folgende Vereinbarung beschlossen: Wir, Gewerkschaften Deutscher Kaiser, Lothberg und Rhein I müssen entsprechend allen unseren bisherigen Erklärungen an den Verhandlungen zwischen den Organisationen festhalten. Wir Absicht auf die durch den langanhaltenden Streik entstandene Notlage der Bergarbeiterfamilien sind wir aber bereit, die entsprechende Strelausfälle zu ersetzen, und zwar in der Form, daß jeder Verheiratete 200, jeder Unverheiratete 100 und jedes Kind unter 14 Jahren 25, im ganzen aber nicht mehr als 125 Mark erhält. Zahlung erfolgt in zwei Raten. Die erste am 30. 12., die zweite 14 Tage später. Voraussetzung ist, daß die Arbeit am Montag voll aufgenommen wird, vom 1. 2. nächsten Jahres an die Achtstundenschicht, wie von den Organisationen vereinbart voll verfahren wird, und daß alle übrigen Organisationsabmachungen sofort eingehalten werden.

Staatssekretär Wurm hat sich mit den drei aus der Reichsregierung ausgeschiedenen Unabhängigen solidarisch erklärt und sein Amt zur Verfügung gestellt. Auf Ersuchen der Reichsregierung hat Herr Wurm sich bereit erklärt, die Geschäfte des Reichsernährungsamtes bis zur Ernennung eines Nachfolgers weiterzuführen.

Zugzusammenstoß bei Ramau. „Allgemein Handelsblatt“ meldet: Einige deutsche Lokomotiven, die die belgische Eisenbahnverwaltung zurückgewiesen hatte, sind, von deutschem Personal geführt, bei Ramau auf einen Militärzug gelaufen. Drei deutsche Maschinen wurden verhaftet.

(Sterna u. w. Beilagen.)

Verantwortlich für die Anzeigen: Karl Rodloff, Berlin. Druck und Verlag: Ullstein & Co., Berlin.